

# Innenpolitik Japans 2013/14

*Manfred Pohl*

## **Japan's Domestic Politics 2013/14**

*Backed by a solid majority in both Houses of Parliament, Prime Minister Shinzō Abe in 2013/14 set forth to tackle two of the most pressing problems: Fighting persistent deflationary tendencies, while at the same time avoiding fiscal and financial risks. »Abenomics« have produced some encouraging results, warning signs however still remain, as shown e. g. by the sharp drop in private consumption following the tax increase of April 2014. In the governing coalition some indicators of a gradually widening rift became visible: Only reluctantly New Kōmeitō accepted some compromise solutions in government politics, e. g. with regard to tax increases, reactivating nuclear energy and reinterpretation of the constitution. Bowing to Abe's pressure, the junior partner took the risk to alienate itself from its »mother organization«, i. e. the Sōka Gakkai. During all of 2013/14 Prime Minister Abe has shown a markedly sharp right-wing turn in his political principles: Opting for an active Japanese participation in collective self-defense by reinterpreting the constitution through cabinet decision, rather than parliamentary vote; allowing Shinto religion to increasingly influence political decision making and rewriting history can all be regarded as sure signs indicating such a turn. This new Japanese nationalism has antagonized Japan's neighbors, raising tensions over territorial disputes and bearing the latent risk of estrangement with Washington.*

*Opposition parties on the other hand continued dismembering themselves: While the Democratic Party of Japan is sliding into nonexistence, all attempts at forming a united opposition party out of several tiny political groups have miserably failed. All hopes that rested upon Ōsaka's Hashimoto to build a feasible alternative to the LDP-dominated ruling system vanished, after the Ōsaka hopeful came out with some irresponsible remarks concerning the Pacific War, showing him to be an ultra-conservative in disguise.*

*Opposition against Abe's politics became manifest however, when in some regional (gubernatorial) elections of 2013/14 hardcore opponents won; so the regular combined communal und regional elections of 2015 will be a major challenge to Abe. He plans to fight the elections with a reshuffled cabinet and an LDP under new leadership aimed especially at the female electorate.*

## 1 Halbzeit der Regierung Shinzō Abe

Zwei Jahre nach Amtsantritt des zweiten Abe-Kabinetts reizt eine kurze Zwischenbilanz: Abe galt stets als entschiedener Gegner einer Mehrwertsteuer-Erhöhung, die in der Öffentlichkeit de facto als Verbrauchssteuer wahrgenommen wurde und verständlicherweise noch immer überaus unpopulär ist, aber er muss auch die folgenden Anhebungen umsetzen, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Abe setzte im Rahmen der »Abenomics« staatliche Fördermaßnahmen und eine lockere Geldpolitik durch; Erfolge der Abenomics waren 2013/14 durchaus zu verzeichnen: Die Aktienkurse zogen kräftig an, eine Yen-Abwertung gab den Exporten deutlichen Schub und weckte Hoffnungen auf baldige grundlegende wirtschaftliche Erholung. Berater empfahlen Abe, die Verbrauchssteuer-Erhöhung zu verschieben oder nur stufenweise einzuführen, um die Erholung nicht abzuwürgen. Der Regierungschef verfolgt aber auch seit Amtsantritt ein weiteres zentrales Ziel: Die finanzpolitische Konsolidierung. Abbau der japanischen Staatsverschuldung und gleichzeitige Ausgabensteigerungen zur wirtschaftlichen Belebung sind tendenziell widersprüchliche Ziele, diese Erkenntnis schien Abe in der zweiten Jahreshälfte 2013 zu einer tiefer gehenden Kursänderung bewogen zu haben: Die Mahnungen der G8-Gruppe im Juni 2013, das Haushaltsdefizit energisch abzubauen, suchte er mit gezieltem Wirtschaftswachstum zu verknüpfen. Hier schien sich ein Konflikt zwischen Regierung und Finanzministerium mit seinen mächtigen Bürokraten abzuzeichnen; Kabinettsstaatssekretär Yoshihide Suga argwöhnte offenbar, dass die Ministerialen vollendete Tatsachen bei der Einführung der Mehrwertsteuer schaffen wollten. Die politischen Rahmenbedingungen sprachen für eine Erhöhung: Eine Verschiebung der Mehrwertsteuer-Anhebung könnte die Wahrnehmung wirtschaftlichen Aufschwungs entwerten, eine solche Maßnahme hätte auch Veränderungen am Gesetzeswerk zur Erhöhung erfordert, eine Aufgabe, die von Aufgaben wie den TPP-Verhandlungen mit den USA (Freihandelsabkommen), den sicherheitspolitischen Konflikten mit China und Südkorea sowie die Weiterentwicklung wirtschaftspolitischer Fördermaßnahmen im Rahmen der Abenomics überlagert

wurden. Schließlich war das Bündnis mit der New Kōmeitō (NKT) bedroht, die gegenüber ihrer Förderklientel in der Sōka Gakkai die Mehrwertsteuer-Erhöhung nur unter größten Anstrengungen durchsetzen konnte und die überdies ihr grundsätzlich pazifistisches Programm bedroht sah. Beobachter verwiesen auch darauf, dass Abe daran gelegen sein musste, die Steuererhöhung als eigene, selbständige Entscheidung darzustellen und nicht als Maßnahme, die unter Druck des unpopulären Finanzministeriums erfolgte.

Die Anhebung der Verbrauchssteuern zur Finanzierung steigender Sozialausgaben erfolgte wie vorgesehen im April 2014 von 5 % auf 8 %; in der Folge fielen die Einzelhandelsumsätze, besonders im Bereich langlebiger Konsumgüter (– 4,6 % gg. April 2013). Aber die Regierung Abe kann sich auf die Folgen der Steuererhöhungen von 1989 (Einführung der Verbrauchssteuern) und 1991 (Erhöhung auf 5 %) berufen: In beiden Fällen sackten die privaten Ausgaben ebenfalls vorübergehend ab, erholten sich dann aber stabil. Zugleich stieg die Inflationsrate an und signalisierte die Erreichbarkeit von 2 % Inflation, die von der BoJ angestrebt wird (*Reuters* 29.05.2014). Über den nächsten Schritt einer Anhebung der Verbrauchssteuern auf 10 % wollte Abe zum Jahresende 2014 entscheiden. Bisher scheinen die Maßnahmen der Abenomics zu greifen: Nach einer Umfrage des Wissenschaftlichen Dienstes des Unterhauses vom November 2013 sahen 20 % aller befragten Unternehmen positive Effekte aus der lockeren Geldpolitik, dem schwachen Yen und subventionierten Investitionen, vor allem in öffentliche Projekte und bei Anlageinvestitionen. 40 % der Großunternehmen nannten diese positiven Auswirkungen, aber nur 20 % der mittelständischen Unternehmen sahen solche Effekte – das Rückgrat der japanischen Wirtschaft bleibt schwach. Der Mittelstand leidet unter hohen Einfuhrkosten von Rohstoffen und Energie, die nicht über Preise weitergegeben werden können (*AS* 03.02.2014).

## 2 Zweimal Shinzō Abe 2013/14: Der Nationalist und der Pragmatiker

Das *Time*-Magazine brachte Shinzō Abe am 28. April 2014 auf seinem Titelbild unter der Überschrift »Der Patriot«, zwei Wochen später feierte ihn der US-Finanzminister (!) Jack Lew im selben Magazin als »leader« und »bold reformer«, diese Einschätzung gründete auf der Hoffnung, die Abenomics würden Japan aus der Deflation führen (*Time* 05.–12.05.2014: 72).

Der britische *Economist* hat eine andere, vielleicht treffendere Charakterisierung des japanischen Regierungschefs gefunden (*Economist* 26.04.2014: 47):

*Mr. Abe the private man is a nationalist ideologue who harbours weird revisionist views about Japan's past. But Mr. Abe the prime minister is a pragmatic internationalist who understands that pushing his private ideology is not always in Japan's interest.*

In einem Interview mit der FAZ umriss Abe die eingebaute konservative Grundhaltung, die formalistisch argumentiert: Japan hat nach der Niederlage alle Auflagen der Siegermacht USA erfüllt, Reparationen gezahlt und alle Ansprüche auf »zwischenstaatlicher Basis aufrichtig geregelt«. Japan habe trotz eigener Lasten schon früh Entwicklungshilfe an asiatische Nachbarstaaten (i. e. die Opfer japanischer Aggression) geleistet, im Übrigen sei die Versöhnung in Europa nach dem Krieg leichter gewesen als in Asien, einen Grund für diese gewagte Feststellung nannte Abe nicht. Er bestritt, im Zusammenhang mit der Neuformulierung der japanischen Sicherheitspolitik jemals den Begriff der »Schaffung eines normalen Landes« verwendet zu haben, vielmehr wolle er für Japan nur das Recht eines jeden Staates durchsetzen, die nationale Zukunft durch die »eigene Hand (zu) gestalten« (FAZ 29.04.2014: 5).

Völlig ungelöst sind die unmittelbaren Territorialkonflikte mit den Nachbarstaaten China (Senkaku/Diaoyu), Südkorea (Takehima/Tokto) und Russland (Kurlen): Die chinesische Führung ist nicht einmal bereit, mit der japanischen Opposition im Ansatz konstruktive Gespräche zu führen. Bei einem Beijing-Besuch des Parteichefs der Demokratischen Partei Japan (DPJ) Banri Kaieda im Juli 2014 warf ein Mitglied des Zentralkomitees (ZK) Japan vor, mit China nicht auf Augenhöhe zu sprechen; die DPJ komme als Gesprächspartner ohnehin nicht in Frage, da sie in der japanischen Politik keine Rolle spiele und vor allem, weil ein DPJ-Regierungschef die Senkaku-/Diaoyu-Inseln durch Kauf zu japanischem Staatseigentum machte. Der DPJ-Chef konnte nur mit der Nummer fünf im Ständigen Ausschuss des ZK der Kommunistischen Partei Chinas sprechen, gehofft hatte er auf ein Treffen mit Regierungschef Xi Jinping. Kaiedas Vorschlag zu einem Gespräch zwischen Abe und Xi Jinping bei der damals bevorstehenden APRC-Tagung (November 2014) wurde brüsk abgelehnt: Es gebe nichts zu bereden. Überdies lehnt China tendenziell die Neuinterpretation der kollektiven Selbstverteidigung als »nicht hilfreich für die Sicherheit Nordostasiens« ab (AJW 17.07.2014; MS 17.07.2014).

Abe könnte auf einem Gebiet Punkte sammeln, das Japans Öffentlichkeit unverändert seit vielen Jahren beschäftigt: Die Entführung von Japanern durch Nordkorea. Im Mai sagte die nordkoreanische Führung zu, alle Entführungsfälle noch einmal zu untersuchen und das Schicksal der Entführten aufzuklären; auch japanische Fachleute sollen einbezogen werden. Als Gegenleistung kündigte Japan an, die Boy-

kottmaßnahmen gegen Nordkorea zu lockern (MS 30.05.2014). Wie alle Regierungschefs der Liberaldemokratischen Partei (LDP) vor ihm, verlangt auch Abe die Rückgabe der Kurilen-Inseln (in Japan: »nördliche Territorien«) und sucht zu diesem Zweck den Dialog mit Russland, für den Herbst 2014 war ein Besuch Putins in Japan angedacht. In beiden Problembereichen scheint Abe seltsamerweise entweder fahrlässig seinen außenpolitischen Spielraum zu überschätzen oder bewusst den Reibungsflächen mit China und Südkorea ein weiteres riskantes Konfliktfeld hinzuzufügen: Unabgesprochene Boykottlockerungen gegen Nordkorea und Annäherung an Russland vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise haben in den USA »Irritationen« ausgelöst und könnten zu einer Entfernung Japans von der westlichen Staatengemeinschaft führen, die nur Japans Interessen schaden würde; einen echten Konflikt mit seinem wichtigsten Bündnispartner USA kann Japan sich nicht leisten. Angesichts der kritischen Reaktion aus Washington beeilte sich die Regierung Abe zu beteuern, dass es zuvor natürlich Gespräche zwischen den Außenministern Kishida und Kerry geben würde, Kerrys Zeitplan ist jedoch sehr eng. Die USA bestehen auf vorherigen Konsultationen, sollte Abe seinen Plan zu einem Nordkorea-Besuch umsetzen wollen. Inzwischen hat sich Japan auch grundsätzlich den Sanktionen gegen Russland angeschlossen (AS 26.07.2014).

### 3 Staatliche Kontrolle kritischer Medien?

Drei Streitpunkte belasteten die Regierungskoalition 2013/14 in besonderem Maße: Der Schwenk Abes zur Militarisierung der Verfassungsinterpretation mit der Option für kollektive Selbstverteidigung, die Förderung der Atomenergie und vor allem die Verschärfung der Staatsschutzgesetze (Geheimnisverrat). Die zunehmend ultra-konservative Haltung der LDP unter Abe wirkte sich bei den Gouverneurswahlen in Shiga bereits aus, besonders Japans Wählerinnen reagieren ablehnend. Das »Gesetz zum Schutz von Staatsgeheimnissen« wurde am 6. Dezember 2013 in Kraft gesetzt; wenig später gab die LDP eine Zusammenstellung von Sprachregelungen an ihre Abgeordneten, die am Beispiel von 27 Presseartikeln aufzeigen sollte, wie gegenüber der Öffentlichkeit zu argumentieren sei. Die *Asahi Shinbun* hatte am 6. Dezember kritisiert, dass es staatlichen Institutionen allein überlassen bleibe, Staatsgeheimnisse zu definieren. Die wesentlichen Punkte des Gesetzes: 23 Sachverhalte in vier Bereichen kann die Regierung/Ministerien Informationen als »Staatsgeheimnisse« klassifizieren, deren Weitergabe durch Geheimnisträger mit bis zu zehn Jahren Haft bestraft werden können: Verteidigung, Diplomatie, Spionageabwehr, Verhinderung von Terrorismus; daneben gibt es »unspezifizierte Bereiche«

(AS 08.11.2013). Abe beteuerte, dass eine geplante Kontrollkommission jeden Missbrauch verhindern werde, aber die Medien verwiesen darauf, dass deren Mitglieder aus eben diesen staatlichen Institutionen berufen werden sollten (AS 19.12.2013). Im Gegensatz zu seinem Parteichef war LDP-Generalsekretär Shigeru Ishiba von unumwundener Deutlichkeit: Medienberichte über Themen, die als »Staatsgeheimnisse« eingestuft wurden, sollten »reguliert« werden. Medien und Oppositionsparteien waren empört. Ishiba rückte zwar später von seiner Äußerung ab, aber sie dürfte inhaltlich die Mehrheitsmeinung in LDP wiedergeben, besonders auch hinsichtlich aller Berichte über Zwischenfälle in Atomkraftwerken (auf die das Gesetz unausgesprochen wohl besonders zielt). Straßendemonstrationen gegen das Gesetz hatte Ishiba zuvor auf seinem Blog schon als »Terrorismus« bezeichnet, auch das aber zurückgenommen. Ishiba gilt als Sicherheitsexperte, früher war er einmal Generaldirektor des Verteidigungsamtes (heute: Verteidigungsministerium) (AS 13.12.2013).

Parallel zur Verabschiedung des Staatsschutzgesetzes beschloss die Regierung, nach US-Vorbild einen Nationalen Sicherheitsrat zu gründen. Sogar die *New York Times* sah in diesen Maßnahmen den Beginn eines schrittweisen Abbaus des japanischen Nachkriegspazifismus, andererseits begrüßten amerikanische und japanische Sicherheitsexperten sie als erste Schritte auf dem Weg zu einem sicherheitspolitischen Gleichstand mit den USA. Auch britische Medien lobten den neuen japanischen Geheimnisschutz – sicher unter dem Eindruck der Snowden-Affäre (BBC 26.11.2013; NYT 28.11.2013).

Die konservative (fast revisionistische) Grundhaltung der Regierung Abe wird offenkundig besonders auch in jenen Medien umgesetzt, auf die der Staat unmittelbar Einfluss hat, vor allem dem staatlichen TV-Senders Nippon Hōsō Kyōkai (NHK). Die Nominierungen Abes für vier Posten im Vorstand des NHK 2013 belegen einen Schwenk nach rechts. Der neue Generaldirektor des NHK, Katsuto Momi'i, kündigte an, konsequent auf Linie der Regierung zu bleiben und die vorgeschriebene strikte »Neutralität« der NHK-Kommentatoren und anderer Mitarbeiter zu überprüfen. Kritik an den Besuchen von Spitzenpolitikern im Yasukuni-Schrein soll es z. B. künftig nicht mehr geben (*Economist* 01.02.2014: 44). Auf seiner ersten Pressekonferenz hatte Momi'i ein ultra-konservatives, revisionistisches Geschichtsbild offenbart und Empörung ausgelöst; er hatte behauptet, »alle kriegführenden Nationen hatten ›Trostfrauen‹«, er richtete scharfe Kritik an Südkorea, trat bedingungslos für Japans Territorialansprüche ein und äußerte sich verächtlich über die Gegner des Staatsschutz-Gesetzes. Momi'i zog mit seinen Äußerungen danach sogar Kritik aus höchsten Regierungskreisen auf sich; noch während der Pressekonferenz schob er eilig nach, seine Äußerungen habe er nicht als NHK-Chef ge-

tan, er geriet offenbar in Panik, als ein Reporter ihn darauf hinwies, Anlass des Pressemeeetings sei seine Amtseinführung. Momi'i hat keinerlei Medienerfahrung, er begann seine Karriere als Top-Manager von Unisys, IT-Dienstleister und Tochterfirma von Mitsui (AS 26.01.2014). Später entschuldigte sich Momi'i im Unterhaus, das NHK aber meldete die Entschuldigung erst drei Tage später (AS 01.02.2014).

In Abes Regierung scheint der Einfluss shintoistischer Religionsprinzipien und ihre innere Instrumentalisierung zum Ausbau ultra-konservativer Positionen weiter zuzunehmen; nicht nur Abes feierlicher Besuch am Yasukuni-Schrein im Dezember 2013 deutet darauf hin; Abe ist auch Generalsekretär einer Gruppe von Shinto-Parlamentariern, deren Mitgliedschaft von 152 in 2012 auf heute 268 angestiegen ist, 16 von 19 Kabinettsmitgliedern gehören der Gruppe an. Abe verbindet ein enger Kontakt mit dem Verwaltungsdirektor der Gruppe, einem Sohn des früheren Oberpriesters im Yasukuni-Schrein; zunehmend benutzt Abe auch Shinto-Begriffe, um die facettenreiche Sonderrolle Japans herauszustreichen (JT 23.02.2013). Die Parlamentariergruppe hat enge Verbindungen zur Politischen Vereinigung der Shinto-Schreine, der *Shinto seiji renmei*. Das ist an sich nicht zu kritisieren, aber einige Shinto-Vertreter betreiben auch gezielt Geschichtsfälschung.

Abe selbst trat als Ko-Autor einer Schrift des NHK-Vorstandsmitglieds Naoki Hyakuta auf, der revisionistische, aber überaus populäre Schriftsteller leugnet darin das Massaker von Nanking und die Existenz von Zwangsprostituierten der japanischen Armee (Beech 28.04.2014: 24). Derselbe Hyakuta behauptete auch, die Kriegsverbrecher-Tribunale von Tōkyō seien nur zur Vertuschung von US-Kriegsverbrechen (Brandbomben, Atomwaffeneinsatz) inszeniert worden (AS 22.02.2014). Erziehungsreform ist ein weiteres Feld, auf dem Abe seine Grundpositionen auch 2013 durchzusetzen suchte: Historiker sollen Japans »herabsetzende Geschichtsdeutung« korrigieren und entsprechend Schulbücher umschreiben. Gemischte Schulbuchkommissionen mit Historikern aus Japan, China und Südkorea arbeiteten auch 2013/14, aber die Aufgabe, gemeinsame Perspektiven zu finden, werden unter der Regierung Abe schwieriger (JT 23.11.2013). Organisatorisch sind ultrakonservative Shinto-Anhänger in der Politik sehr gut vernetzt: Im Parlament, im Kabinett und verknüpft mit zahlreichen Organisationen des öffentlichen Lebens verfolgen (LDP-)Politiker, ultra-konservative Historiker, Medienvertreter und religiöse Gruppierungen (Shinto) beharrlich politisch-kulturelle Ziele, die sämtlich auch den Regierungschef leiten: Korrektur des »Japan-Bildes« in der Bevölkerung durch Neudeutung der jüngeren Geschichte, zu diesem Zweck Umarbeitung der Schulbücher, Förderung des Shinto (Kaiserkult), Respekt und Aufwertung für den Yasukuni-Schrein, Verfassungsänderung, neue (»japanische«) Verfassung, »Wiedergeburt Japans« (Penney, 28.01.2013). Für sich genommen sind diese Ziele legi-

tim, aber Japans politische Klasse tendiert bei ihrer Umsetzung zu unnötiger Provokation der Nachbarstaaten. Der Präsident der politischen Shinto-Organisation, Yuzei Yutaka, stellt ganz offen fest: Bei der Hochschätzung des Yasukuni-Schreins und seiner Bedeutung komme kein Nachgeben Japans in Frage, Konflikte mit China und Südkorea seien eben hinzunehmen. Wie einflussreich in der Politik unter Abe der Shinto tatsächlich geworden ist, zeigte sich bei einem der höchsten Shinto-Feste, dem Sengyo no gi, bei dem alle 20 Jahre der Ise-Schrein (Heiligtum der Sonnengöttin Amaterasu, der »Urmutter« des japanischen Kaiserhauses) feierlich abgebrochen und lokal leicht versetzt neu errichtet wird: Abe und acht seiner Minister waren anwesend, erstmals seit 84 Jahren nahmen wieder Regierungsmitglieder an der Zeremonie teil. Ökonomische Bedeutung haben zwei Grundsätze aller Shinto-Organisationen, sie sind entschieden gegen jeden Verkauf von Land an »nicht-Japaner« und gegen freien Reishandel (i. e. Reisimporte) (*JT* 23.11.2013).

Am 26. Dezember 2013 stattete Abe dem Yasukuni-Schrein einen offiziellen Besuch ab, zum ersten Mal nach Amtsantritt; diese offizielle Zeremonie hatten sechs seiner Vorgänger im Amt vermieden, vor ihm hatte nur Junichiro Koizumi als Regierungschef den Schrein besucht. Seinen Koalitionspartner NKT informierte Abe nur eine halbe Stunde vor dem Zeremonialbesuch, der NKT-Chef musste sich grob herabgesetzt fühlen. Schon 2012 hatte Abe einen Besuch geplant, ihn aber mit Rücksicht auf die Nachbarstaaten und die USA verschoben (*Sankei Shinbun* 26.12.2013). Abes Kommentar in einem *Time*-Interview: Ihn habe belastet, dass er diese Ehrung der Kriegstoten (einschließlich verurteilter und hingerichteter Kriegsverbrecher) in seiner ersten Amtszeit 2006/07 versäumt habe (*Beech* 28.04.2014: 22). Der Schreinbesuch warf auch ein bezeichnendes Licht auf Abes Führungsstil im Kabinett: Weder sprach er sich mit Koalitionspartner Yamaguchi (NKT) noch mit seinem Kabinettsstaatssekretär Suga ab. Um seinen Patriotismus (nach innen) zu demonstrieren, nahm Abe heftige Kritik aus China und Südkorea in Kauf, wie Yutaka angekündigt hatte; aber auch die USA zeigten sich »enttäuscht« über den Besuch, weil sie neue Konflikte zwischen den beiden wichtigsten Verbündeten Japan und Südkorea befürchteten, auch war Washington um seine Asienpolitik insgesamt besorgt, wenn Japan sich nicht der Vergangenheit stellt (*AS* 22.02.2014; *Sankei Shinbun* 26.12.2013). Die Politik des selbst ernannten »nationalen Retters« (*Beech* 28.04.2014: 22) wurde in dezidiert konservativen Kreisen der USA aus dem Umfeld George W. Bushs (zu denen sicher auch die *Time* zählt) freudig begrüßt, denn Japan könnte jetzt endlich zu einem vollwertigen Bündnispartner werden; es gab aber auch Stimmen, die Japans Weigerung, sich der Kriegsvorgeschichte zu stellen, gerade als Hindernis auf dem Weg zu einem »normalen Land« sehen. Abe verspielte viel politisches Kapital in seiner kurzen ersten Amtszeit, indem er massiv rechte



(d. h. revisionistische) Positionen vertrat, die für Japans Öffentlichkeit (noch?) inakzeptabel waren. In der folgenden Zwischenphase zerlegte sich die Opposition in der Regierungsverantwortung selbst, jetzt regiert die LDP in beiden Häusern wieder mit großen Mehrheiten. Heute scheint also rechte (nationalistische, »patriotische«) Politik einfacher durchsetzbar, vor allem wohl aus wachsender Furcht in der breiten Öffentlichkeit vor einem expansiven China. Abe nutzte den Schrein-Besuch aber auch, um zu beteuern, dass er den Kriegstoten gelobt habe, nie wieder Krieg zu führen.

#### 4 Außerordentliche Parlamentssession, Oktober 2013

Nach dem Erdrutschsieg in den Oberhauswahlen vom Juli 2013 kam das Parlament erstmals nach Formulierung der Abenomics-Ziele im Oktober einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Wirtschaftsverbände hatten klare Aufgaben für die Parlamentarier formuliert, die aus Zeitmangel in der vorangegangenen ordentlichen Sitzung nicht mehr abschließend behandelt werden konnten: 1. Energische Umsetzung von Deregulierungsmaßnahmen, 2. Gründung einer Verwaltungsorganisation für die Verteilung von Ackerland, Überarbeitung der Bedingungen zur Gründung von Agrarunternehmen, Liberalisierung des Verkaufs von Agrarflächen (zu anderer Nutzung), 3. Ausnahmeregelungen für feste Arbeitsverträge und schriftliche Kündigungen, 4. Fiskalpolitisch neutrale Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung (z. B. Einsatz öffentlicher Mittel, Abbau von Wettbewerbshemmnissen usw.), 5. Liberalisierung städtischer Bebauungspläne, 6. Einrichtung von Wirtschaftssonderzonen und Reform der Gesetze zur Elektrizitätserzeugung (Förderung erneuerbarer Energie plus Atomenergie), Reform der Steuergesetzgebung zur Ankurbelung von Unternehmensinvestitionen sowie zur Förderung von F&E-Anstrengungen, 7. Grundlegende Reform der Gebietskörperschaften (z. B. nur noch *dō/Hokkaidō* und *shū/* übrige Gebietskörperschaften) und schließlich 8. Verbesserung und Kontrolle der interministeriellen Zusammenarbeit. Auf 20 Seiten zählte u. a. der Managerverband Keizai Dōyūkai (2013) im Detail die anstehenden Reformaufgaben auf.

#### 5 Politische Skandale

Im Dezember 2013 war der Gouverneur von Tōkyō, Naoki Inose, gezwungen, seinen Rücktritt vom Amt zu erklären. Er musste zugeben, dass sein Wahlkampfteam 500 Mio. Yen illegaler Wahlkampfspenden angenommen und mit Buchungsfäl-

schungen vertuscht hatte. Die Spenden stammten von dem Medizinkonzern *Tokushūkai* (einer der größten japanischen Krankenhausbetreiber). Das Unternehmen wollte das Krankenhaus des Elektrizitätsversorgers TEPCO übernehmen und Inose hatte sich als stellvertretender Gouverneur von Tōkyō dafür eingesetzt. Inoses wichtigster Erfolg war der Zuschlag an Tōkyō für die Olympischen Sommerspiele 2020, aber nach seinem erzwungenen Rücktritt verzögern sich langfristige Planungen vorerst und die Stadtregierung findet sich im planerischen Dilemma. In seiner »Langzeit-Vision« wollte Inose Maßnahmen gegen den Bevölkerungsschwund in Tōkyō entwickeln, die soziale Wohlfahrt sichern und den Haushalt Tōkyōs für 2014 absichern (AS 24.12.2013). Das Landgericht Tōkyō verurteilte Inose im März 2014 wegen Wahlvergehen (illegale Wahlkampffinanzierung, Fälschung von Spendenbelegen) zur Höchststrafe von 500.000 Yen, damit darf Inose für fünf Jahre nicht wählen oder ein öffentliches Amt bekleiden. Ursprünglich hatte Inose behauptet, die 50 Mio. Yen seien ein persönlicher Kredit gewesen, gab dann aber zu, dass aus den Geldern auch sein erfolgreicher Wahlkampf um den Gouverneursposten von Tōkyō 2012 finanziert wurde (AS 29.03.2014).

Auch in einem anderen Fall geriet die Tokushūkai ins Visier der Staatsanwaltschaft: Ein ehemaliger LDP-Abgeordneter gab zu, verdeckte Wahlkampfunterstützung von Tokushūkai erhalten zu haben und legte sein Mandat nieder. Zuvor hatte er angegeben, Inose habe auch ihn um ein persönliches Darlehen von 50 Mio. Yen gebeten, das er gegen Schuldschein übergab (AS 25.02.2014).

Auch der Chef der »Your Party« (*Minna no Tō*), Yoshimi Watanabe, geriet ins Zwielficht: Er soll von einem Kosmetikunternehmer ein Privatdarlehen in Höhe von 800 Mio. Yen (ca. 7,4 Mio. Euro) erhalten haben, das 2012 illegal für den Wahlkampf genutzt wurde, da es nicht als Wahlkampfgeld verbucht (d. h. veröffentlicht) worden ist. Nach einem Streit Watanabes mit dem Unternehmer über das politische Programm der Partei soll dieser E-mails des Parteichefs veröffentlicht haben, in denen um Finanzhilfe für 60 Kandidaten gebeten wurde; er bot an, über die Transaktionen Bankbelege vorzulegen (*Xinhua News* 28.03.2014). Wenig später trat Watanabe als Parteichef zurück, betonte aber, er habe die Darlehen nicht für seinen Wahlkampf eingesetzt, allerdings habe er seinerseits der Partei einen Kredit über 250 Mio. Yen aus dem Darlehen gewährt, um sie im Wahlkampf zu unterstützen; dieses Darlehen sei ordnungsgemäß in der Parteibilanz verbucht (AS 07.04.2014).

Privatdarlehen zur Wahlkampffinanzierung sind nicht selten, obwohl sie sich hart am Rande der Illegalität bewegen. Auch wenn die Mittel »indirekt« zur Wahlkampffinanzierung eingesetzt werden, braucht die Herkunft der Gelder nicht offenlegt zu werden. Die *Asahi Shinbun* befragte 347 Unter- und Oberhausabgeordnete, ob sie vor den letzten nationalen Wahlen private Bankdarlehen aufgenommen

hatten und überprüfte deren persönliche Bilanzen (veröffentlichungspflichtig). Danach hatten 53 Abgeordnete Privatdarlehen aufgenommen, 23 der Abgeordneten nannten nicht die Herkunft der Darlehen. Überschreiten Kredite von Einzelpersonen an Politiker oder deren Unterstützerguppen 1,5 Mio. Yen, muss der Darlehensgeber genannt werden, höhere Darlehen werden deshalb gern als Privatkredit aufgenommen (AS 12.05.2014).

## 6 Gouverneurswahl in Tōkyō

Am 9. Februar 2014 wurde der Nachfolger Inoses gewählt; 16 Kandidaten traten für seine Nachfolge an. Sieger wurde der unabhängige Kandidat Yoichi Masuzoe mit 42 % der abgegebenen Stimmen; die Wahlbeteiligung lag bei 46 %, deutlich unter der Rate von 2012 mit 62 %. Die zwei nächstplazierten Kandidaten, Morihiro Hosokawa und Kenji Utsunomiya, erreichten jeweils nicht einmal 20 % der Stimmen. Die Wahlen in Tōkyō zählten zu drei Schlüsselwahlen im Frühjahr 2014, die letztlich Abes Popularität auf die Probe stellten: dazu zählten noch die Bürgermeisterwahlen von Nago (Okinawa) und die Gouverneurswahlen in Yamaguchi. Masuzoe galt von Anfang an als Favorit, da er gemeinsam von der LDP und NKT unterstützt wurde und überaus populär war, in Umfragen vor der Wahl lag er bei über 40 % Stimmanteil. Zwei ehemalige Regierungschefs griffen im Januar in das Rennen ein: Morihiro Hosokawa, gestützt von Junichirō Koizumi; beide gelten als entschiedene Befürworter eines mittelfristigen Ausstiegs aus der Kernenergie. Auch Masuzoe sprach sich vorsichtig für einen abgestuften Ausstieg aus, wollte den Wahlkampf in Tōkyō aber nicht mit dem Thema Kernenergie führen, de facto gilt er als Befürworter der Kernenergie. Populär war sicher auch sein Wahlkampfversprechen, die Olympiade 2020 zur »besten der Welt« zu machen. Hosokawa erschien offenbar als Mann der Vergangenheit, er lag schließlich noch hinter Utsunomiya, obwohl DPJ, SDPJ und einige oppositionelle Kleinparteien ihn stützten. Masuzoe gehörte früher der LDP an und verfügt über Kabinetts Erfahrung als Minister für Wohlfahrt und Gesundheit. 1999 bewarb er sich schon einmal um den Posten des Gouverneurs und unterlag nur knapp. Teile der DPJ und der Gewerkschaftsverband Rengo stützten seine Kandidatur; Abe trat eher zurückhaltend auf, schätzte aber Masuzoes Popularität (AS 09.02.2014).

Ein weiteres Ergebnis der Gouverneurswahlen lässt aufhorchen und verstärkt den Eindruck, dass es in der Bevölkerung inzwischen unterschwellig eine starke ultra-nationalistische Strömung gibt, die Regierungschef Abe gegenwärtig offenbar richtig einschätzt. Auf Platz vier der Bewerber landete der extrem konservative Ex-

Luftwaffen-Stabschef Toshio Tamogami, einer der prominentesten Leugner des japanischen Aggressionskrieges; natürlich streitet er auch ab, es habe das Nanking Massaker und die Zwangsprostituierten der Armee gegeben. Tamogami verlor seinen Posten im Militär, nachdem er einen Artikel veröffentlicht hatte, in dem er Japans Militäraktionen vor und während des Krieges gerechtfertigt hatte. Er erzielte 611.000 Stimmen, 12 % der Wähler stimmten also für ihn, darunter auffallend viele jüngere männliche Wähler unter 30, von denen ihm 24 % ihre Stimme gaben. Die LDP hatte damit gerechnet, dass Tamogami ca. 300.000 Stimmen gewinnen würde, es wurden doppelt so viele; offenbar wanderten viele »junge« Stimmen von der LDP zu Tamogami. Das gilt besonders für die sog. »Internet Rechte«, d. h. Blogger u. a., die für rechte Politik eintreten (AS 11.02.2014).

## 7 Überlebenskampf der Opposition

Nach den vernichtenden Wahlniederlagen von 2012 und 2013 versuchten die Oppositionsparteien Ende 2013 aus den Trümmern eine neue, geschlossene Opposition zu bauen. Die Initiative ging von »Fahnenflüchtigen« der »Your Party« (Minna no Tō) aus, an der Spitze der Bewegung stand Kenji Eda, der am 9. Dezember 2013 die Your Party verlassen hatte und die Yūi no Tō gründete. Der frühere Generalsekretär der Partei wollte eine vereinigte Opposition schaffen, die anfangs aus einzelnen Politikern bestehen sollte; dazu aber wäre eine Spaltung der Ishin no Kai nötig gewesen und die DPJ hätte auf ihren Führungsanspruch im Oppositionslager verzichten müssen. Eda hatte vor allem Parteichef Watanabe kritisiert, der beim neuen Staatsschutzgesetz (Geheimnisschutz) sich auf die Seite der LDP geschlagen hatte. Ko-Chef Hashimoto von der Ishin no Kai zeigte Sympathie für Edas Initiative, aber der andere Ko-Chef, Shintarō Ishihara, konnte den Prinzipien der neuen Gruppe nicht zustimmen. DPJ-Chef Kaieda erklärte sogleich, seine Partei werde den Führungsanspruch in der Opposition nicht aufgeben (AS 10.12.2013). Dieser Anspruch wird durch innere Konflikte gefährdet: Im Juli 2014 kündigte Generalsekretär Akihiro Ohata seinen Rücktritt an, er hoffte, dass Kaieda seinem Beispiel folgen würde, um die Partei zu erneuern; aber dieser wollte bis Ende 2015 im Amt bleiben (AS 30.07.2014). Innerhalb der DPJ wuchs der Widerstand gegen Kaieda, der ehemalige Außenminister Seiji Machara warf ihm vor, es nicht geschafft zu haben, die Opposition zu einen; es gab deutliche Stimmen, die ein Bündnis mit der Yūi no Tō oder der Minna no Tō wünschten (MS 10.06.2014). Im Juni vereinbarten die Parteichefs von DPJ und Yūi no Tō regelmäßige Treffen auf Generalsekretärebene, um die Taktik für die Lokal- und Regionalwahlen im Frühjahr 2015 abzusprechen (MS

10.06.2014). Hashimoto hatte die DPJ in Ōsaka angegriffen, weil sie angeblich zu sehr von Gewerkschaften abhängig sei (AS 30.09.2013). Die endgültige Spaltung der Ishin no Kai wurde im Mai 2014 beschlossen, die Gegensätze zwischen Hashimoto und Ishihara waren unüberwindlich: Ishihara wollte die »Besatzungsverfassung« (Ishihara) völlig neu schreiben und trat für eine verstärkte Nutzung der Kernkraft ein, Hashimoto war gegen Atomkraft und wollte nur vorsichtige Änderungen der Verfassung, damit war ein Bündnis mit der Yūi no tō unmöglich. Beide Politiker planten, neue Parteien zu gründen (MS 29.05.2014). Die Hashimoto/Ishihara-Gruppe umfasste 62 Abgeordnete in beiden Häusern, von ihnen wollten 36 Hashimoto folgen, 21 Ishihara (MS 31.05.2014). Ein weiterer zentraler Grund für das Scheitern der Vereinigungsbemühungen einzelner Oppositionspolitiker waren Hashimotos befremdliche Äußerungen, die Zwangsprostitution der kaiserlichen Armee sei »nötig« gewesen und die US-Truppen auf Okinawa sollten Bordelle eröffnen, »um den Aggressionsstau der Soldaten abzubauen«, damit hatte sich Hashimoto selbst disqualifiziert (AS 30.09.2013). Einen letzten Anstoß zur Trennung gab Hashimotos Plan, mit der Yui no Tō zu fusionieren, was Ishihara aus Programmprinzipien ablehnte. Nach 18 Monaten zerbrach damit die Ishin no kai, die 2012 aus dem Zusammenschluss von Ōsaka Ishin no Kai (Hashimoto) und Sunrise Party (Ishihara) entstanden war; förmlich sollte die Auflösung im August vollzogen werden. Beide Parteiführer planen neue Parteien zu gründen (AS 29.05.2014; *Nikkei Asia Review* 22.06.2014). Die verbleibenden Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung werden nach dem Schlüssel der Abgeordnetenzugehörigkeit je Parteigruppe geteilt (AS 29.05.2014). Abe dürfte den Zerfall der Ishin no Kai mit Genugtuung registriert haben, er konnte damit rechnen, dass ein Teil der Partei wieder alte Sympathien zur LDP entdecken würde; das wäre ein willkommenes Gegengewicht zum Bündnispartner NKT und für Abe ein Instrument zur Kontrolle innerparteilicher Gegner, die er durchaus hat (AS 30.09.2013).

Schon vor der offiziellen Spaltung hatte Hashimoto ein Zusammengehen mit der Yūi no tō angedeutet, deren Programmatik er eher zuneigte als der harten konservativen Linie Ishiharas. Es wurden bereits zu diesem Zeitpunkt Gespräche zwischen Hashimoto und Eda über den Wahlmodus für einen gemeinsamen Vorsitzenden der neuen Partei geführt, wobei Hashimoto betonte, dass er selbst nicht kandidieren wollte, sicher aber schien, dass er starken Einfluss auf die Parteiführung nehmen würde (AS 12.04.2014). Die Ankündigung zur Gründung zweier neuer Parteien aus der Ishin no kai erfolgte im Juni 2014; zuerst gab Ishihara seine Pläne bekannt, ihm wollten 22 Abgeordnete folgen (Unterhaus 20, Oberhaus 2). Zentraler Programmpunkt war die Erarbeitung einer »souveränen (*jishū*) Verfassung«, die Partei sollte unabhängig, konservativ und zukunftsorientiert sein (MS 05.06.2014).

## 8 Spannungen in der Regierungskoalition

Der Parteichef der NKT, Natsuo Yamaguchi, sieht seine Partei gern als »Opposition innerhalb der Regierung«, die Ministerpräsident Abe im Zaum hält, wenn nötig. So schloss sich die NKT auch der breiten Kritik an Abes Zeremonialbesuch im Yasukuni-Schrein an, die LDP attackierte ihrerseits den Koalitionspartner, weil die NKT ihre Parteimitglieder in Nago (s. »Wahlen«) nicht gedrängt hatte, für den LDP-Kandidaten zu stimmen. Die Neuinterpretation der Verfassung durch Abe lässt weitere Konfrontationen in naher Zukunft erwarten. Auch ist die NKT gegen ein schnelles Wiederanfahren der Atomkraftwerke; überdies verfügt sie über gute informelle Kontakte zu China und lehnt Abes konfrontative Politik ab. Hinter dem schwelenden Zwist der Koalitionäre steht ein länger zurück liegender Vorstoß der LDP gegen die Sōka gakkai, die »Basisorganisation« der NKT. Im Jahre 1990 versuchte die LDP, der Sōka gakkai den Status als religiöse Organisation aberkennen zu lassen – und damit die Steuerbefreiung auf die gewaltigen Vermögenswerte der Organisation aufzuheben. Laut Kōichi Kato, einem ehemaligen LDP-Parlamentarier und erklärten Gegner der Sōka gakkai, verlief die Initiative im Sande, weil die LDP andere Probleme hatte, aber als Drohpotential besteht das Problem fort (*Economist* 01.02.2014: 44).

Die Widerstandskraft der NKT als Juniorpartner in der Regierung ist schwach, im Juni 2014 akzeptierte sie weitgehend einen Kompromissvorschlag der LDP, der in drei Fällen die Ausübung des Rechtes auf kollektive Selbstverteidigung vorsah, die LDP hatte einigen Formulierungsänderungen der NKT zugestimmt (*AS* 25.06.2014; *Asiaone* 15.06.2014):

1. Bei einem direkten bewaffneten Angriff auf japanisches Territorium oder auf einen Verbündeten, wodurch das Überleben bzw. sein Recht auf Freiheit und die Verfolgung von Glück für Japan mittelbar oder unmittelbar bedroht wäre.
2. Das Fehlen anderer angemessener Mittel, um diese Ziele durchzusetzen und die Rechte des Volkes zu schützen. Vorbedingung ist eine »unmittelbar drohende Gefahr für das Überleben Japans« bei einem Angriff auf einen Verbündeten mit engsten Beziehungen zu Japan.
3. Nur ein Mindestmaß an erforderlichen (militärischen) Maßnahmen wird eingesetzt, um Japan und das japanische Volk zu verteidigen.

Das Einknicken der NKT offenbart eine tiefe Krise zwischen der Partei und ihrer »Mutterorganisation« Sōka Gakkai: gegen den Mehrheitswillen in der buddhistischen Massenorganisation stimmte ihre Partei einer Militarisierung (wie sie es sieht) der Verfassungsinterpretation zu; andererseits ist offenbar die Führung der Sōka Gakkai zu schwach, um gegen die NKT früher unumstößliche Grundsätze

durchzusetzen, die NKT riskiert eine Abspaltung von der Sōka Gakkai – und damit ihre Existenz, denn ohne sie ist die Partei nicht überlebensfähig. Der Ehrenpräsident der Sōka Gakkai und Gründer der NKT, Daisaku Ikeda, ist erkrankt, und außer ihm besitzt niemand in der Sōka Gakkai-Führung die Autorität, die NKT zum Widerstand gegen den Regierungspartner zu zwingen (AS 02.07.2014).

## 9 Wahlen 2013/14

Kommunaler Widerstand regt sich gegen die Politik von Zentralregierung und Präfektur: Der Bürgermeister der Stadt Nago (Präfektur Okinawa), Susumu Inamine, wurde im Januar 2014 wiedergewählt, weil er sich bedingungslos einer Verlegung des Luftstützpunkts der US Marines von Futenma (Stadt Ginowan) nach Nago widersetzt. Die Wiederwahl Inamines ereignete sich nur drei Wochen nach der Genehmigung zur Landgewinnung in der Henoko-Bucht durch Okinawas Gouverneur Nakaima; die Baumaßnahme steht in Zusammenhang mit der geplanten neuen Basis. Wähler aller Schichten waren empört über einen vermutlichen Hinterzimmer-Deal zwischen Nakaima und Shinzō Abe: »Ausverkauf« Nagos gegen großzügige Finanzhilfen aus Tōkyō (*JT* 19.01.2014). Auch in den Gouverneurswahlen von Shiga erlitt die Regierung Abe einen Rückschlag, es siegte ein Atomkraftgegner. Die scheidende Gouverneurin Kada, eine entschiedene Kernkraft-Gegnerin, verzichtete nach zwei Amtszeiten auf eine Wiederwahl und unterstützte stattdessen Mikazuki, beide verlangen ein Mitspracherecht bei der Entscheidung über ein Anfahren der Kernkraftwerke in der Nachbarpräfektur Fukui (*Nikkei Asian Review* 14.07.2014). Nicht nur die Ablehnung der Atomkraftnutzung, sondern auch die Neuinterpretation der Verfassung wirkte sich in diesen Wahlen aus: Zum ersten Mal nach Abes Abrücken vom Verfassungspazifismus konnten die Wähler sprechen. Abe bemühte sich, die Niederlage mit politischen Problemen der Präfektur Shiga zu begründen, der Wahlausgang habe keinen Einfluss gehabt und sei kein ablehnendes Votum zur kollektiven Selbstverteidigung, sagte er vor dem Haushaltsausschuss des Unterhauses (AS 14.07.2014). Dieser Einschätzung widersprach LDP-Generalsekretär Ishiba ganz unverblümt, die LDP dürfe das Ergebnis nicht nur als begrenzten regionalen Rückschlag werten. Zwar betonte er, das Wahlergebnis werde nicht die erneute Inbetriebnahme weiterer Atomkraftwerke behindern, aber in der Partei regten sich Zweifel; dagegen wertete Ishiba die Niederlage auch als Ablehnung der neuen Verteidigungspolitik, die mit Sorge zu betrachten sei. Offenbar hatte die Debatte um kollektive Selbstverteidigung bei den Wählern einen Umschwung gegen

die LDP ausgelöst. Auch die NKT zählte zu den Verlierern: Die Sōka gakkai-Mitglieder blieben mehrheitlich zu Haus (AS 14.07.2014).

Der Sieger Taizo Mikazuki ist ein ehemaliger DPJ-Politiker, der die Anti-Atomkraftpolitik seiner Vorgängerin fortsetzt und sich gegen die Veränderung der Verfassungsinterpretation aussprach. Der letzte Punkt dürfte den Sieg gebracht haben, denn die NKT unterstützte den LDP-Bewerber nur noch halbherzig, ein großer Teil der Sōka Gakkai-Mitglieder wählte offenbar überhaupt nicht. Die LDP akzeptierte, dass der Wahlausgang mehr als nur regionale Bedeutung hatte, sondern auch eine Ablehnung der Politik Abes bedeutete, denn kurz vor den Wahlen deutete alles auf einen Sieg des LDP-Kandidaten (AS 14.07.2014). Die LDP gab sich selbstkritisch, man sei allzu siegesgewiss gewesen. Die eher konservative *Yomiuri Shinbun* kritisierte Mikazuki (und Kada) für ihre Ablehnung der Kernenergie, die Entscheidung darüber obliege allein der Zentralregierung – offenbar eine Fehleinschätzung, der auch die LDP unterlag (YS 14.07.2014).

## 10 Schwindende Popularität des »jungen Wilden« aus Ōsaka?

Ein erstes Signal für die sinkende Popularität Hashimotos sendeten die Bürgermeisterwahlen von Sakai (Präfektur Ōsaka); hier siegte der Amtsinhaber, ein ehemaliger Protegé Hashimotos und dann sein erbitterter Gegner. Er widersetzte sich entschlossen Hashimotos Plänen zur Verwaltungsreform, die das Ende für Sakai als selbständige Stadt bedeutet hätten. Wechselwähler hatten Hashimoto an die Spitze getragen, jetzt entzogen sie ihm die Unterstützung, 66 % dieser Wählergruppe entschied gegen ihn (JT 29.09.2013). Dennoch beharrte er auf seinen Plänen zur Zusammenlegung von Stadt und Präfektur Ōsaka, d. h. auch Auflösung der selbständigen Kommunen wie Sakai, die Stadtverordnetenversammlung versagte ihm jedoch mehrfach die Unterstützung; Hashimoto zeigte sich daraufhin geradezu gekränkt und suchte ein Volksvotum für seine Ziele: Die letzten Kämpfe der Sumo-Frühjahrsmeisterschaft 2014 wurden gerade ausgetragen, als Ōsakas Wähler am 23. März in vorgezogenen Wahlen abstimmen sollten; Toru Hashimoto hatte Neuwahlen angesetzt. Vor knapp zwei Jahren galt er als kritischer Hoffnungsträger, der radikale Umbrüche anstrebte: Mit seiner Partei Ōsaka Ishin no Kai trat er für Dezentralisierung, Liberalisierung des Außenhandels oder die Abschaffung des Oberhauses ein. In den Unterhauswahlen von 2012 wurde die Ōsaka Ishin no Kai hinter den Demokraten drittstärkste Kraft; Hashimoto entpuppte sich aber schnell als rückwärts gewandter Politiker, der sich massiver Kritik aussetzte, als er nonchalant das brutale System der japanischen Armee-Bordelle im Pazifischen Krieg rechtfertigte.



Seine Gruppierung stürzte dann in den Oberhauswahlen 2013 auf nur acht Mandate ab. Hashimoto führte seine Gruppierung gemeinsam mit dem anderen, berechtigten Ultrakonservativen, Shintarō Ishihara. Die Zusammenlegung von Präfektur und Stadt Ōsaka, d. h. einer städtischen Großgemeinde und einer Präfektur war sein liebstes Projekt, aber seine schwindende Popularität rief Gegner des Projekts auf den Plan; die NKT signalisierte anfangs Unterstützung für Hashimotos Pläne, widersetzte sich dann aber und wurde erbitterter Gegner. Erbot setzte Hashimoto Neuwahlen an; er war der einzig echte Spitzenkandidat, aber der Widerstand war hart, besonders die Gemeinde Sakai in Ōsaka widersetzte sich seinen Plänen, wie sich zuvor in den Bürgermeisterwahlen gezeigt hatte (AS 17.12.2013). In Tōkyō hat Regierungschef Abe eine Reihe zentraler Forderungen Hashimotos übernommen, so etwa die Dezentralisierung durch Schaffung von Wirtschaftszone, Verwaltungsreformen, die Handelsliberalisierung durch TPP-Verhandlungen mit den USA u. ä., damit verliert Hashimoto sein politisches Alleinstellungsmerkmal (*Economist* 22.03.2014: 48). Hashimoto wurde wiedergewählt, aber ein triumphaler Erfolg war die Wahl für ihn nicht: Nur 23,6 % der Bürger Ōsakas gingen überhaupt zur Wahl. Im Wahlkampf attackierte Hashimoto die Medien in Ōsaka, sie hätten die Wahl nicht ernst genommen. Folglich boykottierte er die traditionelle Pressekonferenz nach der Wahl, an seiner Stelle musste Gouverneur Matsui die hohen Kosten für die Wahl rechtfertigen. Die großen Parteien hatten es abgelehnt, eigene Kandidaten aufzustellen, sie bezeichneten die Bürgermeisterwahl als überflüssig und als Geldverschwendung. Streitpunkt zwischen den Parteien war nicht so sehr die Zusammenlegung von Präfektur und Stadt Ōsaka, als die Form der neu zu gründenden Gebietskörperschaft; Hashimoto suchte allein sein Konzept durchzusetzen und verprellte dabei vor allem die NKT (*JT* 23.06.2014). Im Dezember hatte die Ōsaka Ishin no Kai ihre Mehrheit in der Präfekturversammlung verloren, nachdem vier Mitglieder ausgeschlossen worden waren; sie hatten gegen den Verkauf von Anteilen Ōsakas an einer Präfekturschnellbahn an einen US-Investor gestimmt (AS 17.12.2013).

Ideologisch verortet sich Hashimoto zunehmend rechts außen: Rechtfertigung von Armeebordellen mit Zwangsprostitution, Vergleiche mit (zweifelloso belegten) Vergewaltigungen durch alliierte Soldaten nach der Invasion in Frankreich zur Rechtfertigung der »Trostfrauen« und eine umfassende Re-Interpretation der Zeitgeschichte zählen jetzt zu den Positionen des umstrittenen Politikers (*JT* 16.06.2014).

Im Juli 2014 beschloss Hashimoto, den verbliebenen Teil seiner Ishin no kai mit der geplanten Partei von Kenji Eda (Yūi no Tō) zu fusionieren, die neue Partei sollte eine Doppelspitze erhalten, für September war ein Gründungsparteitag geplant.

Unter den Bündnispartnern war die Skepsis groß, da eine Dominanz Hashimotos befürchtet wurde (*Sankei Shinbun* 17.07.2014).

Probleme für Abe kündigen sich auch in den anstehenden Gouverneurswahlen von Okinawa an: Hier droht der regionalen LDP eine Spaltung, die sich de facto bereits ankündigt. Der amtierende LDP-Gouverneur, der einer Verlegung der US-Stützpunkte zugestimmt hatte (es heißt gegen Finanzzuweisungen aus Tōkyō), dürfte einen LDP-Gegenkandidaten bekommen, der entschieden gegen die US-Basen auf Okinawa eintritt, die meisten Bewohner und ein Teil der regionalen Wirtschaft stehen hinter ihm. Der Gegenkandidat aus derselben Partei ist der Bürgermeister von Naha. Probleme könnte es auch in anderen Regional- und Kommunalwahlen geben, die für 2015 anstehen. Abe hat die Vorbereitung auf diese Wahlen deshalb zu einem weiteren Hauptziel seiner Regierung gemacht (*MS* 26.07.2014).

## 11 Neuinterpretation von Artikel 9 der japanischen Verfassung

Nach der japanischen Niederlage hatten die USA 1947 den Besiegten einen Kriegsverzichtsartikel aufgenötigt, den Japans Staatsrechtler nur zu bereitwillig in die neue Verfassung aufnahmen: Im Artikel 9 der japanischen Verfassung verzichtete Japan für immer auf das Recht zu militärischer Lösung von Konflikten, anerkannt wurde nur das Recht auf individuelle Selbstverteidigung. Abe hatte es sich stets zum Ziel gesetzt, diesen verfassungsmäßig verankerten Pazifismus mindestens aufzuweichen, an eine parlamentarisch gestützte Verfassungsänderung aber war nicht zu denken, die nötige Zweidrittel-Mehrheit in beiden Kammern war unerreichbar. An die Stelle einer parlamentarischen Entscheidung setzte Abe nun den Kabinettsbeschluss: Die Regierung erkannte unter bestimmten Bedingungen das Recht auf »kollektive Selbstverteidigung« an und machte Japan damit zum vollwertigen Bündnispartner der USA – unter der Kernbedingung, dass Japans Sicherheit selbst unmittelbar bedroht ist. »Out-of-area«-Einsätze der Selbstverteidigungstreitkräfte (SDF) sind weiterhin ausgeschlossen. Damit blieben die Maßnahmen hinter den Erwartungen der USA zurück, immerhin aber kann Japan jetzt an bewaffneten UN-Aktionen teilnehmen; die pazifistische NKT stimmte der Uminterpretation der Verfassung zu, weil den SDF auch weiterhin Kampfeinsätze verboten sein sollen (*Economist* 05.07.2014: 48). Der Inselstreit mit China gewinnt durch die neue Verfassungsauslegung neue Qualität – heftige Kritik aus China kam sofort. Aber auch in der öffentlichen Meinung Japans gibt es starke Vorbehalte gegen die »kollektive Selbstverteidigung«, vor allem die fehlende öffentliche Debatte vor dem Kabinettsbeschluss wurde massiv kritisiert. Es sind noch zahlreiche rechtliche Hürden zu

nehmen, bevor das Recht auf kollektive Selbstverteidigung gesetzlich verankert ist; mindestens zehn Gesetzesänderungen bzw. -novellierungen sind dazu nötig, es bleibt also noch ein langer Weg, aber die ersten Schritte sind getan. Die USA sind hoch erfreut über die Richtungsänderung der japanischen Sicherheitspolitik, fürchten aber, dass die Neuinterpretation der japanischen Verfassung nach einem Amtsverlust Abes wieder zurückgenommen wird, sie drängen auf vollendete (gesetzliche) Tatsachen; eine grundsätzliche Überarbeitung der *Guidelines* der Bündnispolitik von 1997 wäre nach Auffassung der US-Regierung ein guter Anfang (*Economist* 17.05.2014: 46).

Mitte Juli kam es in den Haushaltsausschüssen beider Häuser des Parlaments zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen LDP und Opposition; es ging um die Ausübung des Rechtes auf kollektive Selbstverteidigung, ohne den Artikel 9 zu novellieren. Abe gab zu, dass die Anwendung von militärischer Gewalt eine Verfassungsänderung erfordere, aber auf der Vorstufe genüge eine Neuinterpretation der Verfassung durch die Regierung. Abe bezog sich auf sog. »Grauzonen« der Ausübung militärischer Gewalt, als Beispiele wurden der Geleitschutz für US-Schiffe, Evakuierung von japanischen Staatsbürgern aus Krisenzonen oder ein Angriff auf als Fischer getarnte chinesischer Einheiten z. B. auf den Senkaku genannt. Die LDP wollte auch den Schutz der Seeverbindungen und die Bekämpfung von U-Booten in eigenen Hoheitsgewässern einbeziehen, aber die NKT sperrte sich hier (MS 21.05.2014). Damit wich Abe von der geltenden LDP-Interpretation ab, dass kollektive Selbstverteidigung ohne Verfassungsänderung nicht denkbar ist; sein Vater, Shintarō Abe, damals Außenminister, hatte bereits 1983 dieses Prinzip betont (AS 16.07.2014). Der Entwurf des Kabinettsbeschlusses bedeutete eine radikale Abwendung von der bisher gültigen Interpretation des Artikels 9, nach der Japan sich unter keinen Umständen an Operationen der kollektiven Selbstverteidigung beteiligen darf (MS 10.06.2014). Diese Neuinterpretation der Verfassung zur Ausübung des Rechtes auf kollektive Selbstverteidigung stieß in der Bevölkerung auf erhebliche Vorbehalte; nicht nur die Sōka Gakkai sah darin einen Irrweg hin zu militärischen Abenteuer, auch breitere Schichten machten ihrem Protest mit dem Wahlzettel Luft.

## 12 Neuer Schwung für die Regierung Abe?

Für das Jahr 2015 sieht Abe die anstehenden Vereinigten Lokal- und Regionalwahlen als größte Herausforderung: Er plant zu diesem Zweck im September 2014 eine größere Kabinettsumbildung, von 18 Ministern soll mindestens die Hälfte ausge-

tauscht werden. In dem neuen Kabinett sollen Frauen stärker vertreten sein, um ihre Bedeutung in Wirtschaft und Gesellschaft zu unterstreichen. Geplant ist auch die Schaffung eines Ministeriums für regionale Förderung unter dem Slogan »Städte, Menschen, Arbeit« (MS 26.07.2014). Während einer Chile-Reise gab Abe bekannt, die Kabinettsumbildung werde in der ersten September-Woche stattfinden. Auch beim Führungspersonal in der Partei soll es Änderungen geben, um die Struktur der LDP-Mitgliedschaft besser widerzuspiegeln, auch hier soll sich die verstärkte Frauenförderung ausdrücken. Die Partei hat Abe eine Carte Blanche für die Umbesetzungen gegeben; dabei wird mit besonderer Spannung auf die Besetzung des LDP-Generalsekretärs und des Kabinett-Staatssekretärs (Suga) geblickt (MS 01.08.2014): Die Wiederbelebung der Regionen, Gesetzesinitiativen zur Umsetzung der neuen Sicherheitspolitik und Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs sollen personalpolitisch abgesichert werden.

## Literatur

- AS (*Asahi Shinbun*) (30.09.2013), »Election Loss Deals Blow to Hashimoto Drive for Political Realignment«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201309300079](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201309300079) (12.07.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (08.11.2013), »State Secrets Protection Bill«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201311080047](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201311080047) (12.07.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (10.12.2013), »Opposition Splinter Group Faces Uphill Battle against LDP«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201312100047](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201312100047) (14.07.14).
- AS (*Asahi Shinbun*) (13.12.2013), »Ishiba Calls for Media Controls Draws Ire from Opposition Parties«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201312130057](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201312130057) (12.07.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (17.12.2013), »Hashimoto's Party Ousts ›Rebels‹ Loses Majority in Ōsaka Prefectural Assembly«, [http://ajw.asahi.com/behind\\_news/politics/AJ201312170068](http://ajw.asahi.com/behind_news/politics/AJ201312170068) (14.07.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (19.12.2013), »LDP Document Challenges Critical Media Reports about State Secret Law«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201312190033](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201312190033) (12.07.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (26.01.2014), »New NHK Chairman: All warring Nations Had ›Comfort Women‹«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201401260047](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201401260047) (11.07.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (01.02.2014), »NHK Belatedly Reports Chairman's Remarks«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201402010047](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201402010047) (13.07.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (03.02.2014), »Lower House Survey: Large Companies Biggest Beneficiaries of Abenomics«, <http://ajw.asahi.com/article/business/AJ201402030051> (15.07.2014).

- AS (*Asahi Shinbun*) (09.02.2014), »Masuzoe Wins Tōkyō Gubernatorial Election in Landslide«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201402090030](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201402090030) (16.07.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (11.02.2014), »600.000 Votes for Tamogami May Signal Rise of Ultraconservatives«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/201402110060](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/201402110060) (17.07.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (25.02.2014), »Resigning Lawmaker Claims Inose Asked to Borrow 50 Million Yen«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201402250073](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201402250073) (15.06.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (29.03.2014), »Inose Fined, Questions Remain over 50-Million-Yen Loan«, [http://www.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201403290043](http://www.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201403290043) (28.06.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (07.04.2014), »Your Party Leader Watanabe Steps Down over Loan Scandal«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201404070084](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201404070084) (15.07.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (12.05.2014), »Survey: 53 Legislators Personally Borrowed Money for Political Uses«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201405120047](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201405120047) (15.07.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (29.05.2014), »Hashimoto, Ishihara to Split Japan Restoration Party«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201405290037](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201405290037) (16.07.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (25.06.2014), »Major Security Shift«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201406250049](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201406250049) (30.07.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (02.07.2014), »Commentary: Soka Gakkai Lacked Leader to Force New Komeito to Stand Up to Abe«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/AJ201407020058](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/AJ201407020058) (15.07.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (14.07.2014), »Insight: Shiga Election Delivers Setback for Abe Government«, [http://ajw.asahi.com/behind\\_news/politics/AJ201407140027](http://ajw.asahi.com/behind_news/politics/AJ201407140027) (17.07.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (16.07.2014), »Editorial: Diet Deliberations Highlight Abe's Inept Thinking«, <http://ajw.asahi.com/article/views/editorial/AJ201407160026> (18.07.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (17.07.2014), »DPJ Leader Kaieda Gets the Cold Shoulder in Beijing«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/AJ201407170024](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/AJ201407170024) (19.07.2014).
- AS (*Asahi Shinbun*) (26.07.2014), »Insight: Washington Irritated by Abe Diplomacy on Russia, North Korea«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201407260033](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201407260033) (29.07.14).
- AS (*Asahi Shinbun*) (30.07.2014), »Minshū: Ohata Janjichō ga Jii« [DPJ-Generalsekretär Ohata tritt zurück], <http://www.asahi.com/articles/ASG7YSST7G7YUTFK00F.html?ref=reca> (30.07.2014).
- Asiaone* (15.06.2014), »Japan's Collective Self-defence Debate Shifts to Maritime Specifics«, <http://www.asiaone.com/news/asia/japans-collective-self-defence-shifts-to-maritime-specifics> (20.07.2014).

- BBC (*British Broadcasting Corporation*) (26.11.2013), »Japan Approves New State Secrecy Bill to Combat Leaks«, <http://www.bbc.com/news/world-asia-25102915> (18.07.2014).
- Beech, Hannah (28.04.2014), »The Patriot«, in: *Time Magazine*, S. 20–25.
- Economist* (01.02.2014), »The Odd Couple«, S. 44.
- Economist* (01.02.2014), »My Country Right or Righter«, S. 44.
- Economist* (22.03.2014), »Flaming Out«, S. 48.
- Economist* (26.04.2014), »Springtime in Tokyo?«, S. 46–47.
- Economist* (17.05.2014), »Japan and America: Closer Allies«, S. 46–47.
- Economist* (05.07.2014) »Japan's Security: Clear and Present Dangers«, S. 48–49.
- JT (The Japan Times)* (23.11.2013), »Back to the Future«, <http://www.japantimes.co.jp/news/2013/11/23/national/politics.diplomacy/back-to-the-future-si> (30.06.2014).
- JT (The Japan Times)* (19.01.2014), »Nago Mayor Wins Re-election in Blow to Abe, U.S.«, <http://www.japantimes.co.jp/news/2014/01/19/national/politics-diplomacy/nago-mayor-wins-re> (02.07.14).
- JT (The Japan Times)* (23.02.2013), »Resisting the Historical Deniers«, <http://www.japantimes.co.jp/news/2013/11/23/national/politics-diplomacy/resisting-the-historic> (15.06.2014).
- JT (The Japan Times)* (23.03.2014), »Hashimoto Wins Snap Mayoral Election amid Record Low 23,6 % Turnout«, <http://www.japantimes.com.jp/news/2014/03/23/national/politics-diplomacy/hashimoto-wins-snaj> (14.07.2014).
- JT (The Japan Times)* (16.06.2014), »Hashimoto Says WWII Allies Set Up ›Comfort Stations‹ after Soldiers Committed D-Day Rapes«, <http://www.japantimes.co.jp/2014/06/15/national/politics-diplomacy/political-game-share> (16.07.2014).
- Keizai Dōyūkai (2013), *Opinion Paper for the 185<sup>th</sup> Diet Session*, Tōkyō: Keizai Dōyūkai.
- MS (Mainichi Shinbun)* (21.05.2014), »Shūdanteki Jieiken 3 Bunyakakugi Kettei de Miso« [Kluft bei der Entscheidung zum Recht auf kollektive Selbstverteidigung in drei Bereichen].
- MS (Mainichi Shinbun)* (05.06.2014), »Ishihara Shintō 22 Jin« [22 Personen in Ishiharas neuer Partei].
- MS (Mainichi Shinbun)* (10.06.2014), »Gentei Yōnin'de Kakugi Kettei« [Kabinettsbeschluss mit ›begrenzter Zustimmung.].
- MS (Mainichi Shinbun)* (17.07.2014), »Chūkoku Jomu I'in ga Fukaikan« [Chinesisches ZK-Mitglied unschlüssig].
- MS (Mainichi Shinbun)* (26.07.2014), »Okinawa Chijisen ni Onagashi Shutsuba he« [Onaga will Kandidatur bei Gouverneurswahlen in Okinawa].
- MS (Mainichi Shinbun)* (01.08.2014), »Kaizō Raigatsu Dai'ichishū Meigen« [Erklärung zur Umbildung in der ersten Woche nächsten Monats].

- Nikkei Asian Review* (22.06.2014), »Japan Opposition Party Formally Decides to Dissolve, Split in 2«, <http://asia.nikkei.com/Politics-Economy/Policy-Politics/Japan-opposition-party-formally-decides-to-> (16.07.2014).
- Nikkei Asian Review* (14.07.2014), »Ex-lawmaker Supporting Nuclear Phaseout Wins Shiga Gubernatorial Race«, <http://asia.nikkei.com/Politics-Economy/Policy-Politics/Ex-lawmaker-supporting-nuclear-phaseout-w> (17.07.14).
- NYT (New York Times)* (28.11.2013), »Secrecy Bill Could Distance Japan from Its Postwar Pacifism«, <http://www.nytimes.com/2013/11/29/world/asia/secrecy-bill-could-distance-japan-from-its-postwar> (18.07.2014).
- Penney, Matthew (28.01.2013), »The Abe Cabinet – An Ideological Breakdown«, in: *The Asia-Pacific Journal*, <http://www.japanfocus.org/events/view/170> (15.07.14).
- Reuters* (29.05.2014), »Japan Consumer Spending, Factory Output Skid after Sales Tax Hike«, <http://www.reuters.com/article/2014/05/30/us-japan-economy-prices-idUSKBN0E92HE20140530> (17.07.2014).
- Sankei Shinbun* (26.12.2013), »Abe Shūsho, Kyō Yasukuni Sampai« [Ministerpräsident Abe besucht heute Yasukuni], <http://sankei.jp.msn.com/politics/news/131226/pic13122610260010-nl.htm> (14.05.2014).
- Sankei Shinbun* (17.07.2014), »Ishin, Yūi Shintō, Hashimoto Eda Shi no ›Kyōdō Daihyōsei'ga Yūryoku« [Ishin und Yuishinto, Hashimoto und Eda erhalten Macht als ›Doppelspitze«], <http://sankei.jp.msn.com/politics/news/140717/stt14071714150003-nl.htm> (17.07.2014).
- Xinhua News* (28.03.2014), »Japan's Your Party Chief Embroiled in Political Funds Scandal«, [http://news.xinhuanet.com/english/world/2014-03/28/c\\_133221864.htm](http://news.xinhuanet.com/english/world/2014-03/28/c_133221864.htm) (16.07.2014).
- YS (Yomiuri Shimbun)* (14.07.2014), »Shiga Election Results Highlight Complacency in Ruling Parties«, <http://the-japan-news.com/news/article/0001422711> (17.07.2014).